

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eintrag in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3-spaltigen Kolonnen-Beile 50 P. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung.

I.

Den modernen Ausstellungen, ganz gleich, wie immer ihr Name, ihr Zweck und ihre Begrenzung, haften stets etwas Jahrmarcht-ähnliches an. Die Tatsache, daß die Ausstellungen nur scheinbar Zweck, in Wirklichkeit jedoch nur Mittel sind, ein Mittel nämlich, den Ausstellern das Absatzgebiet für ihre Waren zu vergrößern, tritt mehr oder minder scharf hervor. Es gibt darin zwar graduelle Unterschiede, aber keine Ausnahme. Auch die Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat sich nicht ganz davon freigehalten. Daß ganze Hallen mit Dingen gefüllt sind, die mit der Hygiene nur noch in sehr losem Zusammenhange stehen, läßt sich allerdings noch rechtfertigen. Um das eigentliche Ausstellungsmaterial einem großen Personenkreise zugänglich zu machen, um recht viele Besucher heranzuziehen, war es vielleicht sogar notwendig, den Begriff Hygiene recht weit zu fassen. Denn nur dadurch war die für eine Ausstellung, die auf Massenbesuch rechnet, notwendige Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit der Veranstaltung zu erreichen. Und schließlich läßt sich ja auch, wenigstens bei einigem gutem Willen, von einem Fahrrad, einer Schreibmaschine, einem Rollstuhl, einem Portemonnaie mit Verzierschloß oder einer Zigarrenspitze, die gleichzeitig als Federhalter, Nagelschere, Toilettespiegel und Krageknopf benutzt werden kann, ein Verbindungsweg zur Hygiene finden. Schwieriger ist das schon bei den „künstlerisch geschnittenen“ Silbuetten, den noidenden Porzellanfiguren oder der regenfesten Stiefelwische. Hier gehört nicht nur guter Wille, sondern auch einige Phantasie dazu.

Neben diesen, mehr oder minder überflüssigen Ausstellungsobjekten gibt es aber auch zahlreiche Verstöße gegen die elementarsten Grundgesetze der Hygiene. Einer davon ist das völlige Fehlen der Spundkappe in den Räumen der Ausstellung. Die Bemerkungen, die gerade hierüber von den Ausstellungsbesuchern gemacht werden, sind für die Leitung gar nicht schmeichelhaft. Eine Sünde wider den Grundgedanken einer wirklichen Hygieneausstellung ist es, wenn in einer Halle die unter dem Namen Korsetts bekannten modernen Panzer (die sich von den früher gebräuchlichen dadurch unterscheiden, daß sie Geschoße nicht abwehren, sondern anziehen sollen), System „Borne glatt“, ausgestellt und angepriesen werden, obwohl in einer andern Halle die Schäden des Korsetztragens an zahlreichen Abbildungen und Modellen eindringlich dargelegt werden. Und daß die Brauer-Union die reichhaltige Ausstellung der bürgerlichen Abstinenzler mit einer Gegenausstellung beantworten darf, die ein einziges Loblied auf den Alkoholgenuss ist, das ist schon fast ein Skandal.

Diesem Jubel auf der einen steht ein bedenkliches Zuvonig auf der andern Seite gegenüber. Das große Gebiet der Gewerbehygiene ist in durchaus ungenügendem Maße berücksichtigt. Die Abteilung Berufshygiene in der populären Halle läßt sehr viel, die eigentliche Gewerbehygiene in der Halle Arbeit und Beruf nicht viel weniger zu wünschen übrig. Von den Unternehmern haben sich hier fast ausschließlich solche beteiligt, die Gegenstände oder Einrichtungen zur Förderung der gewerblichen Hygiene herstellen. Bei diesen ist natürlich nicht das Streben nach Verbesserung der Gewerbehygiene die Triebfeder, sondern das Streben nach Vergrößerung ihres Absatzgebietes, nach Mehrung ihres Profits. Wenn nicht einige wissenschaftliche Institute und einige Gewerbeinspektoren diesen Teil der Ausstellung unterstützt hätten, wäre er kläglich zusammengebrochen.

Das gerade vom hygienischen Standpunkte aus so wichtige Gebiet der Heimarbeit fehlt ganz. Eine Ausstellung der Heimarbeit durch die Gewerkschaften wollten die Unternehmer nicht und den Versuch, Erfas zu schaffen, hat niemand gemacht. Nur Aufstand, ausgerechnet Aufstand, hat in einer Reihe seiner Halle die Schäden der Heimarbeit an einigen Bildern und Modellen dargestellt. Und das naturgetreu nachgebildete Modell der Werkstätte eines Hutmakers sagt mehr über russische Zustände als ein Duzend schöne Diagramme verhallen können.

Es ist wie eine Geschichte aus dem Tollhaus: In der historischen Abteilung werden die Besucher eingehend über die Wohn- und Lebensverhältnisse der Völker aller Zeiten und Länder unterrichtet. Nicht nur Wohn-, Schlaf-, Arbeits- und Baderäume werden in Abbildungen und Modellen gezeigt, sondern auch die Räume, von denen man nicht gerne spricht und die unser prädes Zeitalter bis jetzt mit P. P. oder ähnlich bezeichnet. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gegenwart aber dürfen nicht dargestellt werden, weil — eine Hardvoll Unternehmer es nicht will und weil die sächsische Regierung sich als Hütel des Unternehmertums fühlt. Die Unternehmer mag ein Rest von Scham zu ihrem Protest gegen die Ausstellung des Gends, das ihre Profitsucht verjüngt hat, getrieben haben, die Regierung kann nicht einmal den Entschuldigungsgrund anführen. Und der andre, den sie angeführt hat, daß nämlich die Gewerkschaften zur die Schattenseiten der Heimarbeit ausstellen würden, ist so lächerlich selbstverständlich, daß er eine Widerlegung eigentlich gar nicht verdient. Wer nur eine Ahnung von dem Wesen und den Schäden der Heimarbeit hat, der muß wissen und weiß, daß gerade die schwersten Schäden der Heimarbeit überhaupt nicht ausstellbar sind. Es ist einfach unmöglich, die Licht-, Luft- und Raumverhältnisse der Heimarbeiterwohnung in ihrer ganzen Mangelhaftigkeit zur Darstellung zu bringen und es ist noch weniger möglich, die mangelhafte Ernährung, die endlose Arbeitszeit, die Schädigung der Kinder auf einer Ausstellung toll-

zutage treten zu lassen. Die Ausstellung der Heimarbeit hätte also selbst dann ein zu günstiges Bild ergeben, hätte selbst dann mehr die Licht- als die Schattenseiten hervortreten lassen, wenn die Gewerkschaften wirklich die Absicht gehabt hätten, die nun noch ausstellbaren Schäden möglichst scharf herauszuheben.

War aus diesem Grunde das Verhalten der sächsischen Regierung schon früher unverstänlich, erscheint es einem geradezu skandalös, wenn man die Ausstellung besichtigt hat. In den Abteilungen, die der Gewerbehygiene gewidmet sind, tritt nämlich in einer geradezu aufreizenden Weise das Bestreben hervor, die „Lichtseiten“ hervortreten zu lassen und die Schattenseiten zu verhallen. Und zwar tritt dieses Bestreben ganz besonders scharf hervor in der Abteilung für Berufshygiene in der populären Halle, also in der Abteilung, die vornehmlich auf den Besuch der weiteren Bevölkerungskreise rechnet. An einigen Beispielen soll diese Behauptung hier erhärtet werden.

Auf einer graphischen Tabelle ist die Sterblichkeit der Bevölkerung nach Berufen im Verhältnis zum Gesamtdurchschnitt dargestellt. Bei dieser Tabelle ist schon die Quelle zu bemängeln. Das Material zu der Darstellung entstammt nämlich einer durchaus unzureichenden Feststellung, die in den Jahren 1880—82 in England gemacht wurde. Schon das ehrwürdige Alter der Feststellungen hätte uns diese Tabelle ersparen müssen. Das Ergebnis der Tabelle widerspricht aber auch allen Erfahrungen. Stehen doch die Bergleute in der Sterblichkeitsziffer weit unter, die Ärzte und Apotheker aber über dem Durchschnitt. Diese Tatsache und die andre, daß die Arbeitslosen in der Tabelle die höchste Sterblichkeitsziffer haben, benutzt die Ausstellungsleitung (die Tabelle ist, nebst allen anderen in dieser Abteilung, vom Statistischen Bureau der Ausstellung angefertigt) zu einem Kommentar, in dem es heißt, die Tabelle erbringe den Nachweis, daß die Schwere der Arbeit die Sterblichkeit nicht beeinflusse, denn — die Arbeitslosen hätten die höchste Sterbeziffer. Daß unter den Arbeitslosen der Prozentsatz der alten, kranken, geschwächten Arbeiter ungleich höher ist als unter den arbeitenden, daß die Arbeitslosen schlechter genährt und, wenn krank, schlechter gepflegt werden, ist dem Anfertiger der Tabelle wahrscheinlich gar nicht in den Sinn gekommen.

Eine andre Tabelle zeigt die Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung von 25—65 Jahren in der Stadt und auf dem Lande. Danach starben auf je 100 in der Landwirtschaft 145 in den Großstädten Preußens und je 152 in Stockholm und den Provinzstädten Dänemarks. Zu dieser Tabelle wird der folgende Kommentar gegeben: „Die Sterblichkeit der erwachsenen Männer der Stadt ist um rund 50 vom Hundert höher als die der Männer vom Lande, was für die Frauen nicht zutrifft. Auf keinen Fall kommt hier die Schwere der Arbeit als Schädigung in Betracht, wohl kein Stadtbewohner muß schwerere Arbeit leisten als der Landmann. Es ist vielmehr an das städtische Leben in der Stadt (Nachleben, Trunk, Geschlechtstraftigkeiten) zu denken.“ Es ist wirklich rührend, mit welchem Eifer nach Gründen gesucht wird, um nur ja nicht die Arbeit als gesundheits-schädigenden Faktor anerkennen zu müssen. Allerdings halten die Gründe ernsthafter Kritik nicht stand. Erstens zeugt es von einer totalen Unkenntnis der Arbeitsweise, wenn behauptet wird, die Landarbeit sei schwerer als irgendein Stadtbewohner. Das ist nicht einmal annähernd wahr. Gewiß gibt es in der Landwirtschaft schwere Arbeiten, aber die dauern immer nur kurze Zeit und werden meist in freier Luft vorgenommen. Die schwere Arbeit in vielen Stadtberufen aber dauert oft ununterbrochen Stunde um Stunde, Tag um Tag, Jahr um Jahr. Und sie muß verrichtet werden in engen, licht- und luftarmen, oft feuch- und dunstgeschwängerten Räumen. Schon diese eine Erwägung hätte eine so schiefe Schlussfolgerung verhindern müssen.

Ein drittes Beispiel. Eine figurliche Darstellung soll über die Herkunft der deutschen Soldaten informieren. Sie hat folgendes Ergebnis: Seht man den Durchschnitt der militärtauglichen Söhne, die eine bestimmte Anzahl erwachsener Männer liefert, gleich 20, so stellen sich die Verhältnis-ziffern in den einzelnen Berufen wie folgt:

| | |
|--|----|
| Land- und Forstwirtschaft | 24 |
| Freiluftberufe, Bergbau und Salinentwies | 23 |
| Textilindustrie | 13 |
| Hüttenwesen | 11 |
| Andere Berufe, Lehrer und Beamte | 18 |
| Rentner und Pensionäre | 15 |

Demnach liefern nur die ersten beiden Gruppen eine überdurchschnittliche, alle andern eine unterdurchschnittliche Zahl militärtauglicher Söhne. In der Ausstellung erhält die Tabelle nun folgenden Erläuterung: „Wenngleich einzelne Berufe sich aus besonders kräftigen Leuten zusammensetzen und andre wieder aus schwächeren, so ist doch der Einfluß der Berufsarbeit von Wichtigkeit. Die schwereren Berufe sind aber im allgemeinen weniger gefährlich als die leichteren, sogar als die leichteren, deren Söhne doch gute Pflege genießen können.“ So, da wären wir glücklich am Ziele. Die schwere Arbeit ist nicht nur unschädlich, sondern im Gegenteil höchst gesund, und sie wirkt nicht lebensverkürzend, sondern lebensverlängernd. Es lebe die Statistik!

Doch untersuchen wir diese merkwürdige statistische Wahrheit einmal etwas näher. Juvist die Methode: Ist es überhaupt so ohne weiteres zulässig, von der Zahl der militärtauglichen Söhne auf die Gesundheit der Erzeuger zu schließen? Die Frage läßt sich

durch einen Vergleich beantworten. Wenn in Deutschland der Gesamtdurchschnitt der militärtauglichen Söhne auf eine bestimmte Zahl erwachsener Männer gleich 100 gesetzt wird, beträgt er in Frankreich nur etwa 60. Ist nun die deutsche Bevölkerung um 40 Prozent gesünder als die französische? Das wird kein vernünftiger Mensch behaupten wollen. Der Schlüssel liegt in einer andern Tatsache: In Frankreich ist die ou... Familie entfallende Kinderzahl durchschnittlich um 50 Prozent niedriger als in Deutschland. Diese niedrigere Erzeugungsziffer ist aber nicht eine Folge schlechterer Gesundheit oder schwerer Arbeit, sondern sie hat ihre Ursache in ganz anderen, hier nicht näher zu erörternden Umständen.

Diese Gegenüberstellung sollte nur dem Nachweis dienen, daß die Zahl der gezeugten militärtauglichen Söhne in erster Linie abhängt von der Zahl der gezeugten Söhne überhaupt. Die Kinderzahl wiederum ist aber — das sollten eigentlich auch die Statistiker der Hygieneausstellung wissen — nicht in allen Bevölkerungsschichten gleich, sondern in den ärmeren durchschnittlich höher als in den reicheren. Man kann also schon aus diesem Grunde nicht Rentner und Bergarbeiter miteinander vergleichen. Aber selbst bei an sich vergleichbaren Gruppen muß die Methode zu schiefen Resultaten führen, weil alle andern Faktoren, wie Löhne, Arbeitsleistung usw. unberücksichtigt bleiben. Die Methode, aus der „Soldatenlieferung“ auf die Wirkungen der Schwere der Arbeit zu schließen, ist also ganz und gar falsch und unbrauchbar. In der ausgestellten Tabelle wird nun aber diese falsche Methode auch noch insofern falsch angewandt, als nicht nur verschiedene Bevölkerungsschichten, sondern auch ganz verschiedene Altersklassen gegenübergestellt werden. Es ist z. B. ganz selbstverständlich, daß die Rentner und Pensionäre, die zu einem großen Teil des Lebens Liebesfrühling hinter sich haben, eine andre Zeugungsziffer haben, als die Bergarbeiter, die meist im besten Mannesalter stehen. Und zum dritten wird die falsch angewandte Methode auch noch falsch kommentiert. Denn in Wirklichkeit liefert die Tabelle selbst dann, wenn man sie als beweiskräftig ansehen will, gar nicht den Beweis, daß die schweren Berufe gesünder sind als die leichteren. Sondernmalen der schwerste aller angeführten Berufe, der der Hüttenarbeiter, die weitaus wenigsten Soldaten liefert.

Diese wiederholte Vergeßlichkeit der sonst so gefälligen Dame Statistik zeigt, wieviel Eifer und Ungeschick aufgewandt wurde, um den Nachweis zu erbringen, daß schwere Arbeit die beste Arznei ist und daß einzig die armen Reichen Ursache haben, über mangelhaften Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens zu klagen. Womit denn auch die Tatsache, daß die heilkräftigen Quellen, Bäder und Kurorte heute fast ausschließlich von den Reichen benutzt werden, erklärt und gerechtfertigt wäre. Es lebe die Statistik!

Mit diesen Proben sind die Beweise für das Bestreben nach Hervorhebung der Lichtseiten noch lange nicht erschöpft, aber sie genügen zur Charakterisierung. Nur auf eines sei noch aufmerksam gemacht. In einer Ecke stehen drei Glaswürfel, die den pro Arbeiter notwendigen oder vorhandenen Luftraum am Arbeitsplatz darstellen sollen. Der kleinste stellt 20 Kubikmeter als Mindestgrenze für kleine Werkstätten, der zweite 35 Kubikmeter als Erfordernis für große Werkstätten, Fabriken usw. dar. Der dritte Würfel entspricht einem Luftraum von 70 Kubikmetern und stellt — den „in Fabriken vorhandenen“ Luftraum dar. Obwohl noch nie und nirgends so allgemeine Messungen vorgenommen wurden, obwohl noch in zahlreichen Fabriken die Befehung der Räume so stark ist, daß nicht einmal der erforderliche Mindestluftraum vorhanden ist, obwohl für Räume, in denen besonders gefährliche Arbeiten verrichtet werden, erst durch besondere Bundesratsverordnungen ein Luftraum von 15 bis 20 Kubikmeter erreicht werden konnte, kurz, obwohl alle praktischen Erfahrungen den Beweis erbringen, daß der erforderliche Luftraum vielfach nicht einmal erreicht, geschweige denn allgemein überwiesen wird, heißt es in der Hygieneausstellung rund und nett, ohne Beweis und ohne Unterlage: „Der Luftraum in den Fabriken beträgt 70 Kubikmeter pro Arbeiter, also das Doppelte des erforderlichen.“ Das ist, gelinde gesagt, eine so unüberhüllte Hervorhebung der Lichtseiten der Fabrikarbeit, daß die sächsische Regierung selbstlich dagegen einschreiten sollte. Die Ausstellungsleitung aber sollte erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, die Abteilung Berufshygiene in die Halle für Bäder und Kurorte zu überführen, vorausgesetzt natürlich, daß die übrigen Aussteller dieser Halle sich dann nicht wegen unläuteren Wettbewerbs beschweren.

Das Verhältnis der Theorie zur Praxis.

Unter obiger Bezeichnung ist in Nr. 20 des „Proletariats“ ein Artikel enthalten, der sich nicht mit den demokratrischen Anschauungen des Proletariats befaßt. Ja man kann annehmen, daß der Verfasser desselben mehr konservativen Grundgedanken kundigt. Es sind da Gedanken von der Art, wie sie vielfach in den „Sozialistischen Monatsheften“ zum Ausdruck kommen. Die beiden ersten Absätze genannten Artikels kann ich nicht übersehen, aber schon im dritten, der das Gleichheits- oder das Gleichberechtigungsprinzip behandelt, kommt der Pseudonym zum Vorschein. Glaubt der Verfasser, der unter dem Pseudonym „Praxis“ schreibt, etwa, er hätte mit seinen Darlegungen und Betrachtungen die Unhaltbarkeit des Gleichheits- oder Gleichberechtigungsprinzips und damit des Gleichberechtigungsprinzips bewiesen? Kimmernmeh! Die Gleichheits- und Gleichberechtigungsbewegungen des griechischen Königssohns nämlich und auch des Urchristentums, die der Verfasser auführt, konnten doch nicht zur Geltung kommen in einer Zeit, wo die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse dem widerstreben und die Kultur- und Zivilisationsverhältnisse noch auf dem Standpunkt der gemilderten Barbarei standen! Nicht viel anders verhält es sich mit der Parole, die vor der großen französischen Revolu-

weg bis zum Rospischen Meer gesendet wird. Immerhin steht es weit hinter Amerika zurück. Es lieferte 1870 28 700 Tonnen, 1880 358 300 Tonnen, 1890 3 986 000 Tonnen, 1900 9 850 000 Tonnen, 1905 7 434 000 Tonnen.

Ebenso wie in Amerika wurde auch in Rußland die Produktion wie der Handel ziemlich schnell in den Händen einiger sehr großer Firmen (Mozschkoff, Nobel) konzentriert, die sich — um den Selbstkostenpreis zu verbilligen — angelegen sein ließen, die Technik der Petroleumgewinnung auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. So hat man z. B. in Amerika die Klaffminen zumeist in der Nähe der Verschiffungshäfen am Atlantischen Ozean angelegt, und dorthin läßt man das Öl von den Quellen aus direkt in weitläufigen Rohrleitungen fließen.

Neben diesen beiden Ländern begannen erst neuerdings die Quellen in Galizien und Rumänien größere Quantitäten zu liefern. (In geringerem Maße findet man Petroleum an sehr vielen Stellen der Erde, auch in Deutschland.) In Galizien ließ man zuerst die freie Konkurrenz walten. Damit hat man aber sehr trübe Erfahrungen gemacht. Im Mai 1909 schrieb z. B. der Berliner Tageblatt über die galizischen Zustände: „Durch einen planlosen wilden Raubbau ist die Rohproduktion weit über das erzielbare Maßquantum gestiegen, und die Folge war ein Preissturz von etwa 5 Kronen pro Doppelzentner Rohöl bis auf etwa 90 Heller; dieser Preis brach nur die Selbstkosten jener Schächte zu bedeu, die durch ungeheure Ergiebigkeit sich auszeichneten.“ Domals verfuhr die amerikanische Standard Oil Co. durch Hergabe von Geld die galizische Petroleumproduktion in ihre Hände zu bringen. Um aber diese Vertikalisierung des amerikanischen Monopols abzuwenden, hat der österreichische Staat eingegriffen und sehr große Opfer gebracht, natürlich auf Kosten der Steuerzahler.

Ganz anders lagen die Dinge von vornherein in Rumänien. Hier wurde ausdrücklich zu dem Zweck, den Amerikanern und Russen Konkurrenz zu machen, 1908 von der Deutschen Bank in Gemeinschaft mit einer Wiener Bank die sog. Steana Romana gegründet, die die Produktion von Petroleum in die Hand nahm, und für den einheitlichen Vertrieb werden alsbald eine Reihe von Aktiengesellschaften in Deutschland, England, Dänemark, Holland und der Schweiz ins Leben gerufen. Es wurden so in Rumänien schon 1902 320 000 Tonnen Petroleum gewonnen. Die Produktion wuchs 1907 auf 1 129 000 Tonnen, 1908 auf 1 148 000 Tonnen, 1910 auf 1 352 000 Tonnen. Aber zu einem Konkurrenzkampf gegen die Standard Oil Co. ist es trotzdem nicht gekommen. Die Deutsche Bank fand es vorteilhafter, zuerst mit den russischen und englischen Interessenten eine Verständigung zu suchen, und es kam 1906 zur Gründung der Europäischen Petroleum-Union, G. m. b. H., die nuncmehr das rumänische und russische Petroleum in allen Ländern Europas planmäßig vertreibt. Und dann, 1907, verständigte man sich auch mit der amerikanischen Standard Oil Co., indem man die deutsche Verkaufsgesellschaft ihrer Leitung unterstellte. Gerade in dem Augenblick aber, wo wir dies schreiben, läßt die Nachricht durch die Presse, daß auch die gesamte deutsche Petroleumproduktion (die immerhin 50 bis 100 000 Tonnen pro Jahr ausmacht) im Begriffe ist, zunächst in einer Hand, der Deutschen Tiefbohrergesellschaft, vereinigt und dann an den rumänisch-russisch-amerikanischen Konzern angegliedert zu werden. So erleben wir das Schauspiel, wie die Versorgung des Konsums mit einem wichtigen Bedarfsartikel immer mehr der einheitlichen Regelung über die ganze Erde entgegengeht.

Niemand wird sich der Erkenntnis verschließen, daß dies im Prinzip eine gesunde Entwicklung ist. Denn je umfassender die Organisation, desto vorteilhafter kann sie arbeiten, desto mehr unnütze Zwischenkosten ersparen, desto zuverlässiger alle Teile der Welt versorgen. Aber freilich lassen sich ebenjener die schwereren Schäden leugnen, die wir am Anfang ausgeführt haben. Der kapitalistische Staat — immer vorausgesetzt, daß sein Angriff ernst gemeint ist — weiß dagegen kein anderes Mittel als die Auflösung des Trusts, die Rückkehr zur freien Konkurrenz. Aber lehrt nicht das galizische Beispiel, daß damit mindestens ebenso schwere Schäden verbunden sind? Sollte es kein Mittel geben, das den Vorteilen der Konzentration wahr und ihre Schäden vermeidet? — Allerdings gibt es ein solches Mittel: es heißt Enteignung. Sobald die ungeheuren Mittel des Welt-Petroleum-Trusts, der im Entstehen begriffen ist, nicht mehr einem beliebigen Herrn Rockefeller gehören, sondern der Gesamtheit, können sie nur zur planmäßigen Versorgung aller Menschen mit Petroleum dienen, aber nicht mehr zur Bereicherung einzelner.

Hinterbliebenenfürsorge und Mutter-schaftsversicherung.

Der Gegenstand ist vorüber. Die langersehnte, viel verheißene, endlich erdachte Reichsversicherungsordnung wird ihr unerhöpliches Füllhorn voll gesünder, verschönerter sozialer Wohlfahrtsreformen über das darben, hilfsehungrige deutsche Volk ergießen, — um es bitter und unheilbar zu enttäuschen.

Die Beratungen der zweiten und dritten Lesung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstags in jüngerer Zeit haben der Arbeiterklasse klar und unabweislich ihre „Freunde“ offenbart. Sie wird sich dafür bei der Abrechnung dankbar zeigen. Die kommenden Reichstagswochen werden den Vätern dieses sozialen Fürsorgehandlungsbereiches für ihre stolze Volkströstung eine Antwort von heime noch unabhängiger Wirkung geben. Alle bürgerlichen Parteien, einschließlic des „arbeiterfreundlichen“ Zentrums, haben sich als durchaus vollstän dig entpuppt. Das laschenbewehrte Protektariat wird die schändliche Volksverhöhnung, die in der seit einstimmig von den Mehrheitsparteien angenommenen neuen Reichsversicherungsordnung zum Ausdruck kommt, nicht vergessen. Darum unter der breiten Masse der Arbeiterbevölkerung Klarheit zu schaffen über das widerliche Gaukelspiel aller sogenannten Volksvertreter, sowie über alle bezüglichen Fragen der Reichsversicherungsordnung muß für jeden proletarischen männlichen wie weiblichen Klassenkämpfer eine ernste, heilige Aufgabe sein.

Werden wir einen kurzen Überblick auf die Entstehungsgeschichte der Witwen- und Waisenversicherung. Durch die Bealeiterleistungen des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 hatte sich die Notwendigkeit einer Witwen- und Waisenversicherung herausgebildet. Das Unfallversicherungsge setz war eine Folge des Haftpflichtgesetzes von 1871, das vorgeschrieben: „Der Unternehmer haftet nur, wenn die gesetzlichen Schutzmaßnahmen nicht angewandt wurden. Für seinen Bevollmächtigten haftet der Unternehmer.“ Weil der Arbeiter das Verschulden des Unternehmers oft nicht nachweisen kann, zum Beispiel bei Maschinenunfällen (Warten, Eruben), stellte sich 1879 das Reichsgericht auf die Seite der Arbeiter. Schon am 8. Mai 1870 verlangte Bebel im Reichstag: Der Arbeitgeber solle gesetzlich verpflichtet werden, für seine Arbeiter aufzukommen, auch wenn Verschulden des Arbeiters vorliegt, da Beweise für den Schuldigen in den seltensten Fällen beizubringen seien. Und weiter: Das Haftpflichtgesetz müsse auf alle Betriebe ohne Ausnahme ausgedehnt werden; außer auf den Bergbau und die Großindustrie auch auf den Ackerbau. Eine Zwangsversicherung der Arbeitgeber wäre notwendig! Auf dem Parteitag in Dresden 1871 sagte Frahe: Das Haftpflichtgesetz sei unumgänglich notwendig und müsse in vollem Umfang ausgebaut werden. So, wie es befohle, sei es ein Klassengesetz, ohne Verantwortung für die Arbeitgeber.

Am 2. Februar 1879 wurde im Reichstag durch Bebel ein Antrag gestellt, eine Unfallversicherung betreffend. Durch die bürgerlicherseits ungenügend bewährte sogenannte „Vollständigkeitsforderung“ vom 17. November 1881 wurde die heuchlerische Vollständigkeitsforderung, die die Arbeiterversicherungsge setzgebung“, eingeleitet 1881 kam dann im Reichstag ein Unfallver sicherungsgesetz zum Vortrag. Eine Versicherungsanstalt sollte errichtet, durch Zwangsbeiträge der Unternehmer und Reichszuschuß erhalten werden, und allen Verunglückten Annahme gewährn. In den Motiven zur Kranken- und Unfallver sicherung tritt offen hervor, daß die Ursache der Arbeiterklasse und deren Unzulänglichkeit über das Mißo der Arbeit zum Teil berichtigt sei. Auch wird der sozialdemokratische Einfluß als maßgebend für das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz anerkannt. Hauptächlich solle durch das die den unmittelbaren Klassen das Vertrauen zur gerechten Staatsregierung gesichert werden. Man denke hierbei an eine ausgebaute Armenerziehung. Auch Bismarck und Lasfer erklärten sich am 1. April 1881 (in der ersten Beratung) für ein erweitertes Armengesetz.

Der Marschiermann Bamberger nannte. diesen Gesetzentwurf sozialistisch angehaucht und fragte, warum sich Bebel nicht als dessen Vater bekenne. Er habe ja schon 1879 in einer Rede im Sinne des Entwurfs gesprochen.

Bebel führte dann aus: Urheber des Entwurfs sei ein sozialdemokratischer Antrag vom 8. Oktober 1878; und weiter: Nicht die christliche Sittlichkeit sei die Ursache zu dieser modernen Staatsidee, damit habe sie nichts gemein; sie habe ihren Ursprung in der französischen Revolution von 1797, könne also nur in diesem Sinne, also als Vorwegnahmsmaßnahme, aufgeführt werden. Mit Entschiedenheit wendete er sich dann gegen die Staatsunterstützung, die diesem Gesetz werden sollte, weil sie nicht dem Arbeiter, sondern dem Unternehmer zugute komme. Schadenersatzpflichtig könne nach Maßgabe eines gebundenen Rechtsgedankens nur derjenige sein, der den Schaden des anderen verursacht habe, der Unter nehmer. Diese Schadenersatzpflicht ist auch im B. G. B. mit ausge nommen worden, weil sich dies ökonomische Ausgleichsprinzip zur „guten Sitte“ herausgebildet hat.

Der durch die kaiserliche Post vom 17. November 1881 zum Ausdruck kommenden Arbeiterversicherungsge setzgebung lag der Gedanke der Zwangsversicherung der Arbeiter gegen Krank heit, Unfälle, Invalidität und Alter zugrunde, gestützt durch die Beitragspflicht der Arbeitgeber, entweder allein, oder dem Unfallversicherungsge setz vom 6. Juli 1884, nach dem Verein mit dem Arbeitnehmer, wie bei der Krankenver sicherung vom 15. Juni 1883, nach welcher der Unternehmer mit einem Drittel und der Arbeiter mit zwei Drittel der Beiträge belastet wurde, oder schließlich zusammen mit Arbeitnehmer und der Gesamtheit der Steuerzahler, wie bei dem Invaliditäts- und Altersver sicherungsgesetz vom 22. Juni 1889, das am 1. Januar 1891 in Kraft trat.

Bei Wertung der Unternehmerbeiträge muß man noch einen Umstand in Betracht ziehen: Alle vom Unternehmer für seine Arbeiter geleisteten Beiträge zur Arbeiterver sicherung sind keine Wohltaten, sondern dem Arbeiter vorenthaltenen Lohn, die der Unternehmer zu seinen Produktionskosten schlägt. Hiermit ist erwiesen, daß jede dem Arbeiter gewährte Unterstützung nur ein Teil seines Arbeitslohnes ist. Weil der Arbeiter nicht so viel verdient, daß er für Unfälle usw., selbst bei ununterbrochener Arbeit, sorgen kann, ergibt sich für den Unternehmer die Ver pflichtung, auf Grund des vorenthaltenen Arbeitslohnes für Zu fälle im Leben des Arbeiters auszukommen. Der Unternehmer streift den gesamten Profit des Arbeitsprozesses ein. So wohl in Gelehrten- wie in höchsten Regierungskreisen gibt man zu, daß es keinem noch so in der Arbeit begünstigten Arbeiter möglich ist, von seinem Arbeitslohn zu sparen.

Minister Delbrück äußerte sich zur Frage der Beitragsleistung im Reichstag: „Es ist für uns ganz gleichgültig, wer die Beiträge für die Arbeiterversicherung bezahlt, der Arbeiter oder die Arbeitgeber. Immer wird das Erwerbtleben damit belastet werden. Der Unternehmer bucht immer entweder die Beiträge oder den erhöhten Arbeitslohn im Ausgang ab.“

Wie sieht die unbezahlte Arbeit, der kristallisierte Mehr wert, präsentiert, hat kürzlich der Staatssekretär des Innern dokumentiert. Er sagte: Der jährliche Ueberschuß des deutschen Volkes ist mit 4 Milliarden nicht zu hoch veranschlagt.“ Dies ist eine lausende Ohrfeige für jene Unternehmer, deren endlose Klage über ihre Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt infolge der vielen und hohen Beitrags lasten für die Arbeiterversicherung nicht besser ad absurdum geführt werden kann. Wie hoch stellen sich nun die Kosten der Unternehmer für die Versicherungsge setzgebung?

| | | |
|--------------------------------------|-------------------|---------|
| a) Krankenversicherung | pro Kopf jährlich | 7,55 M. |
| b) Unfallversicherung | „ „ „ | 8,00 „ |
| c) Alters- und Invalidenversicherung | „ „ „ | 5,90 „ |

also pro Versicherten jährlich 21,45 M.
täglich 0,07 „

Industrie und Landwirtschaft besonders betrachtet, ergibt eine Belastung von 12 Pf. pro Kopf und Tag für die Industrie und 5 Pf. pro Kopf und Tag für die Landwirtschaft.

Der freisinnige Abgeordnete Schmidt-Altenburg führte in einer Versammlung von Unternehmern aus: „Diese Beiträge kommen auf Unkosten- und Lohnkonto. Die Belastung ist deshalb kein Druck. Sie macht nur 1/2 Proz. des Jahresumsatzes aus. Außer dem bezahlen England und Amerika, die Hauptkonkurrenz auf dem Weltmarkt, weit höhere Arbeitslöhne. Es ist also kein Grund zu großem Geschrei.“ So urteilt ein Unter nehmer, der die Verhältnisse doch kennt!

War durch das Unfallgesetz der erste Schritt für eine Witwen- und Waisenversicherung gemacht, indem den Witwen und Waisen der Vermögensverlust im Betrieb eine Rente wurde, so mußte der zweite Schritt folgen in Form einer obligatorischen, an ein bestimmtes Einkommen gebundenen allgemeinen Witwen- und Waisenversicherung. Aber — man hatte und hat noch heute kein Geld!

Als dem deutschen Volke am 25. Dezember 1902 das Polltarif gesetz als Weichheitsgabe besetzt wurde und eine Belastung von 400 Millionen brachte, suchte man das Volk durch die Aussicht auf eine Witwen- und Waisenversicherung zu verführen. Zogen die Bauern und Großgrundbesitzer aus dem Polltarif große Vorteile, so sah man sich gezwungen, auch dem Arbeiter einen Vorsprung zu geben.

Der Zentrumsabgeordnete Herold suchte seine Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen, indem er vorgeschlag, daß die Beiträge aus verschiedenen Positionen (er sprach von 100) der Zölle auf Rechnung, welche etwa ca. 91 Millionen jährlich, in Verbindung mit 91 Millionen durch Beiträge, zur Hälfte von Arbeitgebern und zur Hälfte von Arbeitnehmern, und entsprechendem Reichszuschuß, insgesamt von 260 Millionen jährlicher Leistungen, für eine Witwen- und Waisenversicherung Verwendung finden sollten. Er regnete damit, daß unsere Fraktion wegen der hohen Beitragslasten für die Arbeiter verächtlich würde, wenn dieser Vorschlag Aussicht auf Gesetzeskraft haben würde. Unsere Vertreter hielten aber diesen Vorschlag für bekannten Schwindel und — stimmten zu. Jetzt zeigte sich, wie richtig ihre Vermutung war. Das Zentrum zog sich in den Kommissionsberatungen immer mehr zurück, gab eine Position nach der andern auf, bis von den hundert nur noch fünf für den bestimmten Zweck verblieben. Schon im Herbst 1902 verabschiedete sich der Zentrumsabgeordnete Trimborn im Plenum ganz entschieden dagegen, daß seine Freunde je daran gedacht hätten, die Unternehmer der Industrie mit Beiträgen für die Witwen- und Waisenversicherung zu be lasten.

Insolge der Einfuhrzölle und des hiermit getriebenen Zolleinsparungsmaßstabs stellte sich nach Berechnung heraus, daß die Korn einnahme, den Jahren 1906, 1908 und 1909 keine Mark- oder mehr betragen hätte. Die Gesamteinnahmen, die die Witwen- und Waisenver sicherung finanzieren sollten, betragen 1906 und 1908 nicht, 1907 nur 42 Millionen und 1909 nur 40 Millionen Mark. Nach Professor Brentano stießen aus der Schatzkammer auf Grund des schmächtlichen Einjährigenzinsfußes nur 75 Millionen Mark jährlich dem Reiche, den Junkern hingegen 830 Millionen Mark zu. Nach ihm ist jede Familie von ca. vier Per sonen durch die Zollpolitik mit jährlich 300 bis 350 M. be lastet (ohne die direkte Steuer). Mit Recht sagte Kaiserreich Herr von Helldorf zu den Unternehmern aller Schattierungen: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“

Wie wenig ernst es dem Zentrum mit seinem Vollständigkeitsprojekt damals gewesen ist, wie es ihm nur dienen sollte, die Arbeiterklasse zu fördern, beweist seine jähige stivole Schwankung zur Reichsversicherungsordnung. Die Witwen- und Waisenversicherung ist ein offener Kohn für die Arbeiterklasse. Sie wird für die bürgerlichen Parteien als Reichsverschwendung schlechter Zuzugart haben.

Die Hälfte aller Witwen scheidet von dieser Ver sicherung vollständig aus, die Witwen der nicht gegen Invalidität versicherten Männer. Von der übrigen Hälfte kommen nur die gesetzlich invalide befundenen Witwen, ca. 7 Proz., in Betracht. Darüber wie auch darüber, daß die Witwen- und Waisenrenten erst nach 10, 20 oder gar 30 Jahren volle Galtigkeit erlangen, steht im Gesetzeswort kein Wort. Invalide ist die Witwe, die nicht mehr ein

Drittel des ortsüblichen Tagelohnes, der sich ihrer Be schäftigungsmöglichkeit und den örtlichen Verhältnissen an paßt, verdient. Wie wird nun zum Beispiel ein Arzt bei einer Fabrik arbeiterin 33%, Proz. Erwerbsfähigkeit feststellen? Die Praxis zeigt, Vertrauen erweckend, die Invalidenversicherung.

Bei den Beamten heißt es: die Pension tritt ein, wenn der Mann gestorben ist. Ein Sturm der Entrüstung würde sich erheben, wäre erst die Invalidität der Witwe ihre Unterstützungsberechtigung garantieren, die den Verhältnissen der Amtstätigkeit des Verstorbenen entspricht. Einer blutarmen Arbeiterin mag man eine solch schäbige Versicherung, wie es die Witwen- und Waisenversicherung ist, noch als ein Wohltat zu bieten. Von 1912 an bekommt bis auf unbestimmte weitere Regelung jede Witwe 50 Ml. und jedes Kind 25 Ml. gleich 14 Pf. resp. 7 Pf. pro Tag. Eine Anfrage im Reichstag, was eine nicht invalide Arbeiter wittwe machen sollte, die Kinder habe, beantwortete der Minister: „Eine solche Witwe bekommt ja Waisenrente, von der sie mit leben kann!“ (Siehe oben.) Selbst in den kleinfin städten ist die Armenunterstützung höher als die hinterbliebenen versicherung.

Nach dem läßlichen Resultat im Entwurf der Witwen- und Waisen versicherung (das ja inzwischen von dem schmächtlichen Senat der Plenum beratungen noch verschlechtert wurde) versuchte man in Regierungskreisen, auf anderem Wege etwas für die Arbeiterfrau zu tun. Man wollte der Krankenversicherung eine Art Mutterchaftsversicherung an schließen. Nach der Regierungsvorlage war eine Wochenbett- und Schwangerenunterstützung für solche Frauen vorgesehen, die in einer Krankenkasse versichert waren. Ein Stillgeld konnte be willigt werden. Wenn nach dieser Vorlage auch nur einem Bruchteil aller rund 10 Millionen erwerbstätiger Frauen die Segnungen dieser Einrichtung zugute gekommen wären, da leider nur ein ganz geringer Prozentsatz aller berufstätigen Frauen gegen Krankheit versichert ist, so wäre doch der Grund zu einer „neuen Mutterchaftsversiche rung“ gelegt worden. Und die wäre dringender nötig.

Nach einer Tabelle, die über Säuglingssterblichkeit in Charlottenburg im Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hem aufgestellt ist, steht die Säuglingssterblichkeit Deutschlands in Europa mit 18,5 Proz. an zweiter Stelle, nur von Rußland und Oesterreich überholt, was auf die unerhörte schlechten wirtschaftlichen Ver hältnisse im deutschen Vaterlande zurückzuführen wird.

Heute arbeitet jede arme werdende Mutter, die irgend die Möglich keit dazu fäßt, bis zum äußersten Zeitpunkt. Die Folgen dieser un natürlchen Anstrengung sind deshalb auch meistens die Schwangerschaftser krankungen, die Fehl- und Frühgeburten. Hierbei schreibt Dr. Fischer in einer Bearbeitung des Materials der Leipziger Ostkrankenanstalt: „Bei Zwangsmitgliedern wurden 15,5 Proz. Frühgeburten und 1,7 Prozent Frühgeburten, bei freiwilligen Mitgliedern nur 2,3 Proz. Frühgeburten und 0,3 Proz. Frühgeburten festgestellt.“ Wie hieraus hervor geht, sind die Folgen des Wochenbetts viel häufiger bei den Pflichtmit gliedern, weil sie bis zum letzten Augenblick in Arbeit bleiben. Von 10 000 Müttern, die jährlich in Deutschland an den Folgen der Mutter schaft zugrunde gehen, sterben 7000 am Kindbettfieber. Nicht annähernd so viele Soldaten haben im Laufe der Jahre ihr Leben auf den Schlachtfeldern gelassen. Der Staat hat das größte Interesse an einer gründlichen Volksgesundungs. Doch geht man mit großer Gefühllosigkeit im Parlament an diese Fragen heran. Weber die Appellation unfres Ge nossen Dr. David an das Gefühl der Mächtigkeits und der Ritterlichkeit, an das Gefühl der Ehrfurcht vor der sich wangeren Frau und der werdenden Mutter, noch die Appellation unfres alten Bebel an „das soziale, nationale und vor allem an das christliche Ge wissen jener Männer, die Berechtigten über nehmen“, haben den verkehrten Sinn der verantwortlichen Gesellschaftskörpern erweicht. Statt dessen hat man einen Antrag zur Durchführung verholten, der für Mit glieder der Landkrankenkassen, die nicht der Gewerbe ordnung unterliegen, die Dauer des Wochenbetts auf mindestens vier und höchstens acht Wochen durch Sargung, auf die die völlig rechtlosen Mitglieder keinen Einfluß haben, festsetzt, statt auf diesen Müttern die acht Wochen Unterstützung der Industrie arbeiterinnen zu gewähren.

Als das Obligatorium der Hebammenhilfe im Reichstag besprochen wurde, das mit Hilfe des Zentrums zu Fall gebracht wurde, verlangte daselbe Zentrum diese Ein führung nur für verheiratete Mütter; die ledigen sollten in ihrer schweren Stunde von dieser „Wohltat“ ausgeschlossen werden.

Eine letzte Statistik aus Preußen ist sehr wertvoll, weil sie nach Ständen geregelt ist. Sie gibt uns folgende Zahlen: Kinder unter einem Jahr starben: von selbständigen Geschäftleuten 33, von abhängigen Arbeitern 55. Nach der „kommunalen Praxis“ von 1909 starben Kinder unter einem Jahr, wenn der Vater höherer Beamter, Stadtmagister usw. war, 4,3 Proz., wenn er ungelerner Arbeiter war, 24,1 Proz. Gleich diesen, sollten die ungeheuren Zahlen der in den Krankentafelnstatten zum Ausdruck kommenden Frauenkrankheiten die gesetzgebenden Körper schaften zu einer Reform auf diesem Gebiete aufgereizt haben. Wenn angesichts solcher Zustände die „positive Arbeit“ des Nationalliberalen Hauptmann und seiner Freunde in dem frommen Wunsch erschöpft: „Wenn irgendeiner den Wunsch hat, daß für Mutter- und Säuglingsfürsorge alles geschieht, was irgend möglich ist, so sind es meine politischen Freunde“, so können wir nur den sozialdemokratischen Woihsenwurf: „Es darf nur nichts tollant“ von Herzen unterschreiben. Wort der Liebe und Fürsorge sind so billig, trocken aber keine Träne, lindern keine Qual und retten nicht von Sichtung und Tod.

Es hebt so nett das Ansehen, wenn man, den Zeitanforderungen Rechnung tragend, ein wenig in Vollständigkeitsrichtung macht — auf Kosten der ausgebeuteten Volksschichten. Nur nicht selber in den Beuel greifen, wogu übt man denn das prächtige System der in direkten Besteuerung?

Aber die Herren aus dem bürgerlichen Mischmaschlager, ein schließlic der heuchlerischen, vollbereiterischen „Vollständer“ des Zentrums, werden sich gründlich betrogen. Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht mehr mit einem Juderbrot über die planmäßige Enttäuschungs- und Ausbeutungspolitik der herrschenden Klassen hinwegtäuschen trotz des unsäglichen widerlichen Wohlfahts schwindels der neuen Reichsversicherungsordnung.

Helene Brandenburg, Hamburg.

Papier-Industrie

Wirtschaftliche Umschau in der Papierindustrie.

Papiergewerbe und Zolltarif. — Lohnber hältnisse. — Beschäftigungsgrad. — Aufschwung der Papiergewerbe. — Bessere Lage am Arbeitsmarkt. — Dividendensteigerung. — Gute Aussichten.

Die Besserung im Wirtschaftsleben macht sich auch im Papiergewerbe bemerkbar. Als hemmender Faktor kam für diesen Zweig der deutschen Volkswirtschaft neben der allgemeinen schlechten Lage noch unser neuer Zolltarif mit seinen Nachwehen in Betracht. Speziell die Vereinigten Staaten versuchten durch Erhöher der Zollmauern den Auszug von Papierwaren aus Deutschland zu erschweren. Das gelang auch. So mußte die Papierindustrie auch nach dieser Richtung für die Sünden unserer Schutzzöllner büßen. Wenn nun heute die Schäden wieder weniger sichtbar sind, so ist das kein Verdienst der Agrarier und zum Teil sind die traurigen Wirkungen ihrer Politik gar nicht aufzuheben. Die Verteuerung der Lebenshaltung bleibt, und von dem Vorteil der mittlerweile eingetretenen Steigerung der Produktivität der Arbeit haben die Produzenten nichts. Verbesserte Technik und gesteigerte Intensität der Arbeit haben die durch Zollsteigerungen eingetretene Belastung wieder ausgeglichen, das heißt, die Fortschritte in der Industrie

Chemische Industrie

Aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektoren.

III.

Aus der Industrie der Explosivstoffe wird von dem Beamten des Regierungsbezirks Münster berichtet, daß die Packmaschine auch für Pulver zur Einführung gelangt ist. Im Bezirk Breslau ereigneten sich infolge einer Pulverexplosion zwei tödliche Unfälle. Der Beamte schreibt darüber folgendes: „In einer Pulverfabrik explodierte abends, bald nach Beginn der Nachtschicht, ein aus 3 getrennten Räumen bestehendes Rühr- und Mündierwerk, mit ihm ein innerhalb der Umwallung stehendes Absehmagazin. Die beiden im Werk beschäftigten Arbeiter wurden getötet. An der einen der beiden Rührtrommeln waren unmittelbar vor der Wiederinbetriebsetzung Ausbesserungsarbeiten durch Einziehen von Gazeisen ausgeführt worden. Eine sachkundige Nachprüfung der von dem Maschinenmeister (Schlosser) und zwei andern Handwerfern bewirkten Arbeit war nicht vorgenommen worden; der Betriebsleiter war nicht anwesend. Nach der Untersuchung war die erste Explosion wahrscheinlich in dem Raume mit der ausgebesserten Rührtrommel eingetreten; sie pflanzte sich auf das benachbarte Absehmagazin fort und führte zugleich zur vollständigen Zerstörung des zwischen beiden Rührräumen liegenden Rührerbaumes; der zweite Rührraum brannte aus. Ein zweites außerhalb der Umwallung befindliches Absehmagazin erfuhr Beschädigung durch Zerstörung eines Teils der Mauern; es war nicht besetzt gewesen. Am wenigsten mitgenommen war die Wasserrabstube. Die Ursache der Explosion war nicht festzustellen. Von Aufsichts wegen ist die Anstellung eines Pulvermeisters gefordert worden, der die ständige Kontrolle der Werke ausüben, insbesondere auch die Ausbesserungsarbeiten überwachen und regelmäßig Buch über seine Tätigkeit führen soll.“ Es muß schon recht schlimm ausgesehen haben in dieser Bude, wenn ausgerechnet im Breslauer Regierungsbezirk der Aufsichtsbeamte die Anstellung eines verantwortlichen Aufsehers im Betriebe verlangt. Wahrscheinlich war die Untertreibung durch den Unternehmer daran schuld, daß eine genaue Nachprüfung der Reparatur nicht vorgenommen wurde. Diese Untertreibung der Arbeiter wird sich, falls der Unternehmer den Forderungen des Gewerbeinspektors nachkommt, noch weiter verschärfen und neue Explosionen werden die Folge sein. Ein Verbot der Akkordarbeit und die Festlegung eines kurzen Arbeitstages wären u. G. bessere Mittel zur Verhütung solcher Unfälle.

Bei der Herstellung von Knallkorken wurden durch Explosion derselben zwei Personen schwer und vier leicht verletzt. Gegen einen Unternehmer, der ohne Wissen der Behörde die Fabrikation verarbeiteter Korken betrieb, ist ein Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet worden.

Recht traurig gestaltet sich im Allgemeinen die Lage der Arbeiter in der Zündholzindustrie. Durch die Finanzreform des schwarzblauen Blocks ist ein erheblicher Rückgang des Verbrauchs eingetreten. Aus den Regierungsbezirken Kassel, Osnabrück und Aurich wird von einem starken Rückgang der Beschäftigung berichtet. Im Regierungsbezirk Breslau verringerten sechs Zündholzfabriken ihr Arbeitspersonal von 484 Köpfen im Jahre 1909 auf 318 Köpfe im Berichtsjahr; dazu traten verkürzte Arbeitszeiten und Feiertagschichten, namentlich in den Fabriken des aufgelösten Syndikats. Der Tiefstand war am Jahresabschluss anscheinend überwunden. Der Rückgang in der Zündholzindustrie übte auch nachteiligen Einfluß auf die Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse in den Schachtelabriken aus, weil diesen ein wesentlicher Teil des Absatzes an Holzdraht und Zündholzschachteln verloren ging. Eine Firma hat die Einbuße durch nachträgliche Entwicklung anderer Fabrikationszweige erfolgreich ausgeglichen, was sich durch eine noch nicht abgeschlossene Steigerung der Arbeiterlöhne kennzeichnete.

Aus Kassel lautet der Bericht: „Ganz besonders schwer hatten aber die Zündholzfabriken infolge der neuen Steuererlasse unter Arbeitsmangel zu leiden. Während im Sommer 1909 noch 488 Arbeiter in ihnen beschäftigt wurden, war deren Zahl Ende 1910 auf 243, also um über die Hälfte zurückgegangen, obwohl die Betriebe an mehreren Nachmittagen verkürzt gearbeitet oder überhaupt Feiertagschichten eingeleitet hatten.“

Das ist also eine amtliche Bestätigung des Zündholzarbeiterelends. Treffender kann die Politik des schwarzblauen Blocks, die in der nunmehr verabschiedeten Reichsversicherungsordnung ihre zweite vielleicht auch letzte Auflage erlebte, nicht gekennzeichnet werden.

In der Düngereindustrie nehmen die Berichte über Superphosphatfabriken einen großen Raum ein. Vor allem macht sich hier besonders der Einfluß maschineller Arbeit bemerkbar. Die gesundheitschädliche Entleerung der Aufschließtammern, bei der die Arbeiter, nur mit Schuhen und Hose bekleidet, den warmen, ähnelnden Flußsäureämpfen und Erkältungen ausgesetzt waren, wird jetzt vielfach mechanisch besorgt. Verschiedene Systeme nach Keller, Höbermann und Michel kommen zur Anwendung. Leider können wir wegen Raummangels eine nähere Beschreibung dieser Systeme nicht geben. Die vorliegenden Berichte der Gewerbeinspektoren von Aachen, Köln, Düsseldorf, Königshagen, Siegnitz, Merseburg, Potsdam, Schleswig, Siedin und Straßburg klingen einstimmig dahingehend aus, daß sich das mechanische System sehr gut bewährt habe und eine Besserung des Gesundheitszustandes der Arbeiter herbeizuführen geeignet sei. Die mechanische Entleerung der Kammern bringt dem Unternehmer in finanzieller Beziehung erhebliche Vorteile. Nach dem Keller'schen System kosten z. B. 1000 Kilogramm Superphosphat aus der Kammer zu schöpfen 20 Pfennige, während die Entleerung mit Handarbeit auf 50 Pf. für 1000 Kilogramm zu sehen kommt.

Ueber den Gesundheitszustand der Arbeiter in Thomasschlamm mühlen lauten die Berichte, trotz Verschärfung der Bundesratsverordnung im Jahre 1909, sehr ungünstig. Der Beamte von Arnsherg berichtet von zwei Betrieben mit steigenden Krankheitsziffern. In Betrieb I stieg die Zahl der Krankheitsfälle von 28 auf 53, die Zahl der Krankheitsstage von 480 auf 1340 bei 50 resp. 53 beschäftigten Arbeitern im Jahre 1910.

Im Betrieb II stieg die Zahl der Fälle von 70 auf 96, die Zahl der Tage von 1425 auf 2257 bei 73 resp. 84 Arbeitern. An Lungenerkrankungen starben in vier im Bezirk vorhandenen Mühlen zwei Arbeiter. Der Bericht hebt hervor, daß die Erkrankungen kaum auf die Betriebseinrichtungen zurückgeführt werden können, da letztere in gutem Zustande sind.

In vier Thomasschlamm mühlen des Düsseldorfener Bezirks ist in zwei Betrieben eine Steigerung und in den zwei übrigen Betrieben ein Fallen resp. Stagnieren der Krankheitsziffern eingetreten. Der Beamte im Bezirk Trier berichtet von zwei Todesfällen durch Aufstrebentarrach und Lungenleiden. Bei 317 Arbeitern betrug die Zahl der Fälle an Erkrankungen der Atmungsorgane 100. Eine Thomasschlamm mühle mit veralteten Betriebseinrichtungen soll im Laufe des Jahres stillgelegt werden. Unter den durchschnittlich 63 beschäftigten Arbeitern wurden 38 Erkrankungen der Atmungsorgane festgestellt. Der Wechsel der Arbeiterschaft betrug 500 Prozent in diesem Betriebe. Einen schlechten Bericht oder sogar wie gar keinen gibt der Aachener Beamte. Er konstatiert, daß infolge maschineller Einrichtung die Zahl der Betriebe von 52 auf 32 gesunken sei. — Wenn trotz verschärfter Verordnung immer noch ein Steigen der Krankheitsziffern vorhanden ist, dann wird es Zeit, daß der Staat energisch eingreift und die Einführung des Mather'schen Verfahrens, das eine staubfreie Pulverisierung mit gespanntem Dampf ermöglicht, gesetzlich erzwingt. Schließlich steht doch Leben und Gesundheit der Arbeiter höher als der Syndikalzucht der Thomasschlamm mühlenbesitzer.

Von zwei Explosionen in Kalkstickstoffabriken berichten die Beamten von Bromberg und Rln. In beiden Fällen explodierten die Silos. Die Ursache ist im Bromberger Fall wahrscheinlich darin zu suchen, daß der Kalkstickstoff oder Calciumcyanid noch freies Calciumcarbid enthielt. Unter Zutritt von Wasser entwickelte sich Acetylen und infolge der Unreinlichkeit etwas Phosphorwasserstoff, der sich dann an der Luft entzündete. Bei der Explosion im Rln.er Bezirk lief infolge eines starken Regens das Regenwasser in das Silo, das freies Calciumcarbid und Chlorcalcium enthielt. Von einer Verletzung der Arbeiter wird nichts berichtet.

Die Aufklärung der Arbeiterschaft über die ihnen drohenden Betriebsgefahren durch die Unternehmer ist noch immer sehr mangelhaft. Nur die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation hat populär-hygienische Vorträge mit Lichtbildern arrangiert, in denen die Arbeiter nebst Familien „mit dem Bau des menschlichen Körpers, den Funktionen seiner Organe und den guten und schädlichen Einflüssen auf sie bekanntgemacht“ und auf die Bedingungen einer gesunden Lebensweise hingewiesen werden. Ob dabei auch die gewerblichen Vergiftungen chemischer Berufsarbeit einbezogen sind, wird nicht erwähnt. Zur Einschränkung des Alkoholenusses stellt die Firma „den Arbeitern Kaffee in beliebigen Mengen unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erhalten die Arbeiter einzelner Fabrikabteilungen für den Tag 1 Liter Milch unsonst, wofür sie sich verpflichten müssen, während der Arbeitszeit keinerlei Alkohol zu genießen. Da diese Einrichtung großen Anklang fand, wurde ein Milchsaal eingerichtet, in dem das Getränk gegen Zahlung der Selbstkosten verabreicht wird. Diese Einrichtung hat sich vorzüglich bewährt.“

Wir können angelegentlich der getroffenen Maßnahmen nur wünschen, daß auch die andern chemischen Großbetriebe so verfahren. Besonders muß das Bestreben der Betriebsleitungen und der Arbeiterschaft dahin gerichtet sein, aus den bestehenden Fabrikantinnen die alkoholkhaltigen Getränke zu verbannen. Auf die schädlichen Wirkungen des Alkohols, die durch die Arbeit in vielen chemischen Betrieben hervorgerufen und verschärft werden, hat unser Verbandsorgan schon sehr oft hingewiesen. Gelingt es, die Arbeiter der chemischen Industrie vom Alkoholenuss fernzuhalten, so ist damit ein Hemmnis auf dem Wege des Aufstiegs beseitigt.

Die Wahrung des Unternehmerprofits in der chemischen Industrie.

Die schönen Zeiten, in denen man die ungelernien Arbeiter als billige Ausbeutungsobjekte in der chemischen Industrie verwenden konnte, scheinen mit dem Fortschreiten unserer Organisation vorbei zu sein. Durch eine planmäßige, regelrechte Aufklärungsarbeit ist es gelungen, viele chemische Giftküttlerproleten von der Notwendigkeit einer guten Organisation zu überzeugen. Die Unternehmer der chemischen Industrie haben sich schon seit mehreren Jahrzehnten zur Wahrung ihrer Profitteressen in Kartellen, Syndikaten, Konventionen usw. zusammengeschlossen und dadurch regelmäßig ihren Zweck erreicht. Wenn aber zwei dasfelbe tun, ist es doch nicht dasfelbe. Als unsere Giftküttlergewaltigen mit süßsaurer Miene ihre Wohlstandsfelle im Strom der gewerkschaftlichen Organisation fortschwimmen sahen, gingen sie daran, die „gewerkschaftlichen Hecker“ zu bekämpfen. Sie beschäftigten sich in den letzten Jahren auf den Tagungen des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ wiederholt mit der modernen Arbeiterbewegung und speziell mit dem Verband der Fabrikarbeiter.

Unsere Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit, die massenhafte Verbreitung des einschlägigen Flugblattes in der Woche vom 14. bis 20. Mai scheint nun dem Haß den Boden ausgeschlagen zu haben. Bereits die Woche darauf setzten sich die „gewerkschaftlichen Hecker der Unternehmer“ auf die Hosen, berieten, wie man der ungeliebten Arbeiterbewegung den Garaus macht, und bereits am 30. Mai 1911 ging das Ergebnis der Beratungen in Form eines Zirkulärs hinaus an die chemischen Unternehmer. Der bekannte gähnige Wind wehte uns ein Exemplar dieses „streng vertraulichen“ Rundschreibens zu. Da es „vertraulich“ gekennzeichnet ist, halten wir es für nötig, auch die chemischen Arbeiter mit ins Vertrauen zu ziehen, zumal es sich um ihre Haut handelt, die zu Markte getragen werden soll. Hier der Wortlaut des Zirkulärs:

Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. G. V. Vertraulich!

An unsere Mitglieder!

Es wird allgemein als ein schmerzliches Uebel empfunden, daß die Gewerkschaftsagitatoren und ihre Presse die Industriunternehmungen und ihre Einrichtungen durch maß-

lose Beschimpfungen und Verleumdungen in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen und die Arbeiter gegen die Unternehmungen aufzuheizen versuchen.

Durch Verbreitung von Lügen, durch Uebertreibung einzelner Ereignisse wird von diesen Elementen bei den Arbeitern Haß und Erbitterung, bei den Arbeitgebern eine tiefe Verbitterung gefast und jedes ruhige Zusammenarbeiten, wie es in beider Interesse läge, unmöglich gemacht.

Der Gesamtausschuß des Vereins hat es für wünschenswert erachtet, an einer Stelle alle Fälle, die den oben bezeichneten Mißstand in besonders trasser Form zeigen, zu sammeln, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob eine wirksame Bekämpfung dieser systematischen Verheerung möglich ist.

Wir richten daher an unsere Mitglieder die Bitte, dem Wunsch des Ausschusses entsprechend, uns künftig alle Fälle dieser Art, die die Einführung in unsere Sammlung wünschenswert erscheinen lassen, mitzuteilen.

Diese Umfrage selbst bitten wir streng vertraulich zu behandeln.

Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. G. V. S. A.: gez. Dr. Dörner.

Wir sehen in dem Zirkular eine Anerkennung für die Tätigkeit unserer Organisation. Nach dem Beifall der Unternehmer haben wir nie gezeigt, und wenn uns die Giftküttlergewaltigen beschimpfen und verleumden, so trifft das nicht einmal unsere Fußspitzen. Was wir fordern, ist das Recht der Arbeiter der chemischen Industrie auf höhere Bezahlung, auf kürzere Arbeitszeit. Eine Industrie mit 15 Prozent Durchschnittsdividende hat kein Recht, sich über die noch viel zu bescheidenen Forderungen der Arbeiter zu beklagen, besonders aber dann nicht, wenn Leben und Gesundheit der Arbeiter tagtäglich auf das Spiel gesetzt werden. Jedenfalls erfüllen die „gewerkschaftlichen Hecker“ der Arbeiter eine höhere Menschenpflicht als die „gewerkschaftlichen Hecker der Unternehmer“.

Gespammt sind wir auf die Mittel zur Bekämpfung der Organisation. Ist vielleicht eine Aussperrung der chemischen Arbeiter gefällig? Dann nur zu, wir sehen der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Zugleich aber appellieren wir an die uns noch fernstehende Arbeiterschaft der chemischen Industrie, nunmehr auf schnellstem Wege den Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu vollziehen. Wir gehen einer Zeit entgegen, die uns erbitterte Kämpfe der Unternehmer gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter der chemischen Industrie bringen wird. Arbeiter der chemischen Industrie! Sorgt, daß uns die Zeit gerüstet findet!

Die gelbe Sumpfpflanze und die D. A. G. S.?

Die „Pfälzische Post“ schreibt unterm 7. Juni: „Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, fand gestern abend in der Anstalt eine vertrauliche Sitzung statt, in der eine Subkommission über die Einrichtungen der Ludwigshafener Maschinenfabrik Bericht erstattete.“

Jedenfalls beschäftigt die Anilinfabrik, mit Hilfe der gelben Gewerkschaften den Arbeiter ihres Betriebes den Organisationsgedanken für freie Gewerkschaften anzutreiben. Das wird keinesfalls ein leichtes Spiel für die Direktion werden, da die dortige Arbeiterschaft diesem Begünstigen den ärgsten Widerstand entgegenzusetzen wird.“

Folgen des Prämienstystems in den Farbenfabriken in Leverkusen.

Günstig eigentümliche Erscheinungen machen sich bemerkbar, wenn neu eingestellte Arbeiter bald ein Jahr in dem Betriebe tätig sind, also kurz vor der Auszahlung der 25-Mk.-Prämie oder der Jahresabschlussprämie von 50, 100 resp. 150 Mk. stehen. Mit diesen Mitteln wird versucht, die betreffenden Arbeiter zur Aufgabe des Arbeitsverhältnisses zu veranlassen. Wählt sich ein Arbeiter also freiwillig, so hat die Firma den finanziellen Vorteil, die ebenfalls in Frage kommende Prämie nicht auszahlen zu müssen. So waren zum Beispiel im Betrieb der Fabrikfabrikante Betriebsführer Stamm, Meister Wölk, Baumeister Gang fleißig an der Arbeit, den Arbeitern der Kolonne III das Leben so teuer zu machen, daß die in Frage kommenden sechs Arbeiter, die im Juli vor der Auszahlung ihrer Jahresprämie stehen, das Colorado verlassen haben. Die Treue bei der Arbeit wird durch Versprechungen unterstügt, um den Gläubigen zu erweisen, als sei es ein guter Willkür. Bei der Lohnzahlung sieht die Geschäftsführung aber so aus, daß die Arbeiter sich sagen: da sind wir aber wieder einmal hineingelassen worden. Bei eventuellen Beschwerden herabsetzt einer der „Gewaltigen“ die Arbeiter an: „Wenn's Ihnen nicht paßt, so können Sie gehen.“ Das läßt sich nun nicht jeder bieten, und der Leid ist gelungen. Wie lange lassen sich die Arbeiter dieses noch gefallen?

Unfall-Skizze.

Ein schweres Unglück hat sich am 2. Juni in der Zündhütchenfabrik von Grümer & Grünberg in Bochum ereignet. Durch Reibung zwischen den bearbeiteten Pulvermengen entstand eine Explosion. Die Arbeiterin Johanna Klein wurde sofort getötet. Drei andere junge Mädchen wurden schwer verletzt. Ein Arbeiter wurde leichter verletzt. Die drei jungen Mädchen mußten ins Krankenhaus geschafft werden, wo eins von ihnen heilungslos daniederlag.

Im Gebäude 301, Betrieb A. S. 1, der Farbwerke in Leverkusen passierte am 2. Juni wiederum ein größerer Unfall, der auf die Untertreibung zurückzuführen ist. Die Verpackung der Deamentung war unrichtig. Der Hohlraum war abgeheilt, aber die Leitung war so schlecht angebracht, daß ein großer Reib nicht abtaufen konnte. Beim Loslösen ließ die starke Säure einen Arbeiter über den Fuß. Schwer verbrannt mußte derselbe in das Krankenhaus gebracht werden.

Zement- und Ziegel-Industrie

= Von der Agitation.

Die Ziegelagitation hat in diesem Frühjahr wieder eine Anzahl nicht unwesentlicher Momente zutage gefördert, die wir unsern Kollegen nicht verheimlichen wollen. So hat die Agitation in Chemnitz und Umgebung ergeben, daß sich in den dortigen Ziegeln die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit in hohem Maße konzentriert, und zu deren Erhaltung besonders die Ziegelmeister als Zwischenhändler alle erdenklichen Anstrengungen machen. In der Regel sind es die typischen Ziegelmeister, die aus diesen Verhältnissen ihren blingenden Augen sehen und deshalb gegen jede Aufklärung „ihrer“ Arbeiter mit den schamhaftesten Mitteln zu Felde ziehen.

Am gründlichsten gedachte dabei der Ziegelmeister der Ziegellei Dieckel in Gabelenz zu verfahren. Als nämlich ein Kollege dort erschien, um die Versammlungseinladungen an die Arbeiter zu verbreiten, pflanzte ihn der Ziegelmeister am Eingang wie ein drohender Cherubim auf, um dem freien Eindringen den Eintritt in das Dieckel'sche Paradies zu verwehren, damit der himmlische Friede in diesem Betriebe nicht gefährdet werde. Dann nur der Friede ernährt, und das läßt sich bei den Ziegelleistern und Ziegelmeistern am besten wahrnehmen. Der Cherubim war allerdings nicht mit einem flammenden Schwert, sondern mit einem Gummirollen versehen, und aus seinem Munde ertönte die

